

Arbeitsblatt

Verfassungsrechtliche Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft

Verfassungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft

Die Soziale Marktwirtschaft bildet die Basis der freiheitlichen, offenen und solidarischen Gesellschaft. Die zentrale Idee der Sozialen Marktwirtschaft verbindet den Schutz von Freiheit der Wirtschaft und funktionierendem Wettbewerb mit der Förderung von Wohlstand und sozialer Sicherheit.

Freiheitsprinzip

„Unsere Verfassung garantiert jedem Einzelnen von uns Grundrechte, die für alles, was der Staat tut, verbindlich sind. Als Freiheitsrechte schützen sie den Einzelnen vor staatlichem Zugriff und dienen als Abwehrrechte. Hält sich der Staat nicht an diese Vorgaben, kann jeder Bürger seine Rechte vor dem Bundesverfassungsgericht geltend machen. Dieser Grundrechtsschutz gilt auch und gerade für die in einer Marktwirtschaft so wichtige wirtschaftliche Handlungsfreiheit der Marktteilnehmer. [...]“¹

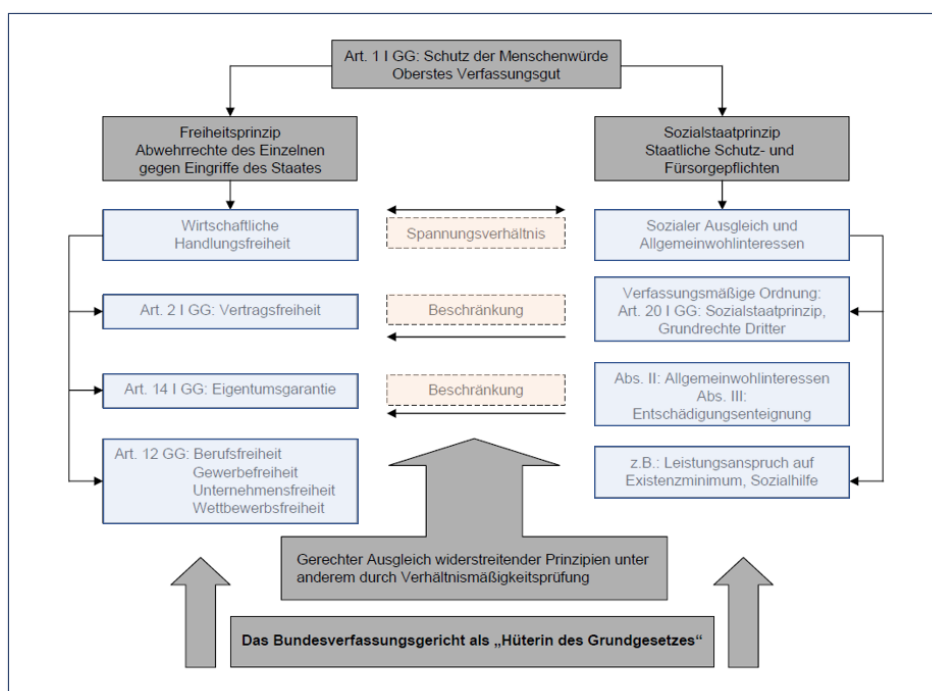
Sozialstaatsprinzip

„Neben den Freiheitsgrundrechten spielt das Sozialstaatsprinzip die zentrale Rolle für die Struktur unserer Wirtschaftsordnung. Dieses Prinzip gehört zu den unabänderlichen Grundsätzen unserer Staatsordnung und verpflichtet den Staat, für eine annähernd gleichmäßige Förderung des Wohles aller Bürger und die annähernd gleichmäßige Verteilung der Lasten zu sorgen. Das Sozialstaatsprinzip steht deshalb mit dem Schutz der wirtschaftlichen Handlungsfreiheit in einem Spannungsverhältnis. Das Grundgesetz macht dem Staat also gewissermaßen zur Aufgabe, Freiheit einerseits und soziale Verantwortung andererseits miteinander in Einklang zu bringen. [...]“²

¹ Quelle: Retzmann, T./Wehland, T. (2011): Freiheit und sozialer Ausgleich – Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, in Unterricht Wirtschaft + Politik, H. 2, 2/2011, Seelze/Velber: Friedrich, 10ff.

² Ebenda

Dualismus von Markt und Staat in der Sozialen Marktwirtschaft		
Markt	+	Staat
Freiheit, Leistung, Wettbewerb	+	Soziale Sicherung, sozialer Ausgleich, sozialer Fortschritt
Eigennutz	+	Gemeinnutz



Ökologische Aspekte erweitern Ordnungsrahmen

Im 21. Jahrhundert spielen bei der Gestaltung des Ordnungsrahmens insbesondere ökologische Aspekte eine zunehmend bedeutsame Rolle. Immer öfter wird die Erweiterung des Ordnungsverständnisses hin zu einer öko-sozialen Marktwirtschaft, in der nachhaltiges Wirtschaften und Umweltschutz ordnungspolitisch verankert werden, diskutiert. Die langwierigen Auseinandersetzungen um Klimaschutzabkommen verdeutlichen dabei jedoch auch, dass die Verknüpfung ökonomischer und ökologischer Zielsetzungen immer noch eine Herausforderung darstellt. Zudem machen derartige ordnungspolitische Rahmensetzungen weitgehend nur auf internationaler Ebene Sinn.

„Globalisierung, Digitalisierung, Klimaschutz und demografischer Wandel stellen unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vor neue Herausforderungen. Es gilt daher, die Soziale Marktwirtschaft zu erneuern, zu stärken und zukunftsfest zu machen. Denn sie ist die richtige Antwort auf diese Herausforderungen und Veränderungen, damit auch unter veränderten Bedingungen der Rahmen für unsere Art zu leben, zu arbeiten

und zu wirtschaften erhalten bleibt. Die Soziale Marktwirtschaft ist die beste Voraussetzung, um das Wohlstands- und Sicherheitsversprechen für die Menschen in Deutschland und Europa zu bestätigen und zu erneuern.

Aufgabe der Politik ist es, die Rahmenbedingungen im Sinne des Wohlstands für alle zu definieren. Denn die Soziale Marktwirtschaft braucht einen Staat, der der Wirtschaft verlässliche Bedingungen und den Menschen Sicherheit gibt – nach dem Motto: So viel Staat wie nötig, so viel Markt wie möglich. Staatliche Eingriffe müssen die Ausnahme bleiben und bedürfen stets einer besonderen Begründung. Zu diesen Gründen zählt insbesondere die Korrektur von Marktversagen etwa durch Internalisierung von externen Effekten (z.B. Impulse für den Klimaschutz im Rahmen der CO₂-Bepreisung). [...]“³

„Für einen wirksamen Klimaschutz muss die Energiewende höchste Priorität haben. Auch für sie gilt das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, marktwirtschaftliche Effizienz – insbesondere in Form des CO₂-Emissionshandels – und soziale Sicherheit zu verbinden. Bis 2030 sollen 65 Prozent der Elektrizität aus erneuerbaren Quellen kommen, ein gewaltiger Sprung. Die Energiewende muss so gestaltet werden, dass die Versorgung gewährleistet ist, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erhalten bleibt und die Belastung von Verbrauchern sozial ausgewogen bleibt. Dafür ist es unerlässlich, dass wir in Klimafragen den globalen Schulterschluss suchen, und Lösungen grenzüberschreitend finden. [...]“⁴



Aufgaben

1. Definieren Sie den Begriff des „Sozialen“ im Sinne der Urheber der Sozialen Marktwirtschaft. Überprüfen Sie, inwieweit diese dem Marktgeschehen soziale Charakteristika zurechnen.
2. Analysieren Sie die Grafik in Material 15 und ermitteln Sie zusätzliche Informationen zur verfassungsrechtlichen Grundlage unserer Wirtschaftsordnung. Benennen Sie wesentliche Institutionen und arbeiten Sie das Verhältnis von Freiheits- und Sozialstaatsprinzip heraus.
3. Diskutieren Sie die Notwendigkeit der Erweiterung der Ordnungsausrichtung auf ökologische Aspekte. Überprüfen Sie hierbei auch die Reichweite nationaler Rahmensetzungen.

Antwort Frage 1:

³ Quelle: Wohlstand für alle: Wirtschaftliche Dynamik und sozialen Ausgleich nachhaltig verbinden und Wohlstand zukunftsfest machen <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/soziale-marktwirtschaft.html>

⁴ Quelle: Leitbild der deutschen Wirtschaftspolitik; <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/soziale-marktwirtschaft.html>



Quelle: Koch, Michael/Kaminski, Hans/Eggert, Katrin (Institut für Ökonomische Bildung Oldenburg) (2016): „Unsere Wirtschaftsordnung“, S. 66/67

